

## **Krisenkapitalismus und Entwicklungsperspektiven**

### I

Zunächst eine Anmerkung zu „Krisenkapitalismus“. Der Ausdruck ist in den letzten Jahren aufgekommen. Wenn er hier benutzt wird, so ist zunächst gemeint, dass sich die kapitalistische Produktionsweise auch heute – wie seit etwa 200 Jahren – in Krisen und Krisenzyklen bewegt. Das steht empirisch fest, und es ist theoretisch hinlänglich untermauert. In unserem Zusammenhang soll der Ausdruck jedoch mehr besagen. Wir haben heute mit Krisenprozessen in einem Entwicklungsstadium des Kapitalismus zu tun, das als *Finanzmarktkapitalismus* oder als *finanzmarktgetriebenen Kapitalismus* umschrieben wird. Die heutige Krise ist einerseits eine kapitalistische Krise wie es viele andere auch waren. Aber andererseits ist sie in vieler Hinsicht mehr als eine gewöhnliche kapitalistische Krise. *Sie ist eine „multiple“ Krise (also eine vielfältige Krise, eine Kombination, ein Geflecht von Krisen)*. Als solche verweist sie wieder – darauf ist zurückzukommen – auf die gegenwärtige höchst widerspruchsvolle Entwicklung der Produktivkräfte.

Das sollte man berücksichtigen, wenn uns heute fast täglich neue Informationen aus dem wirtschaftlichen Leben erreichen, aus denen gefolgert werden kann oder soll, dass es in der Volkswirtschaft allmählich aufwärts geht und die Finanz- und Wirtschaftskrise langsam überwunden wird. Tatsächlich hat die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland den Tiefpunkt 2009 der bisherigen Krisenprozesse zumindest partiell relativ rasch hinter sich gelassen – dank massiver Staatsinterventionen, die im diametralen Gegensatz stehen zur neoliberalen Heiligsprechung der angeblichen Selbstheilungskräfte des Marktes. Aber eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. An den Finanzmärkten herrschen nach wie vor eine weitgehende Unübersichtlichkeit und tief sitzende Unsicherheiten. Da wirkt wohl die Krise kräftig fort, und nicht auszuschließen ist, dass es sich um Anzeichen neuer krisenhafter Finanzmarkterschütterungen handelt, zumal es auf dem Gebiet der Finanzen Bewegungszyklen von etwa drei Jahren zu geben scheint. Zu erwähnen sind die ungeheuren Schuldenberge, deren Anhäufung mehrere Länder an den Staatsbankrott heranführte. Wie sich diese Krise, die ja von vornherein zu globalen Wirkungen tendierte, in den ökonomisch weniger entwickelten Teilen der Welt im einzelnen auswirken wird, ist heute schwer abzusehen. Und schließlich steht, wie speziell im Hinblick auf die ökologische Problematik ersichtlich ist, ein wissenschaftlich-technischer Umbau der Wirtschaft – mitsamt den damit verbundenen sozialen und kulturellen Erfordernissen – an. Jedenfalls zeitigt die Krise Dimensionen, die jenseits dessen liegen, was mit den in gewöhnlichen Nachrichten und Fernsehrunden präsentierten Zahlen demonstriert werden kann oder soll. Aus alledem kann nur gefolgert werden, dass diese Krise noch lange nicht ausgestanden ist.

Zudem dürfte Rudolf Hickel Recht haben, wenn er sagt: „Nach dieser Krise darf nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden.“<sup>1</sup> Allerdings ist die politisch und ökonomisch herrschende Klasse von Anbeginn bestrebt, nun endlich wieder „zur Tagesordnung“ zurückzukehren, also beim Status quo ante weiterzumachen. Wir wollten schnellstmöglich wieder dahin – so Frau Merkel –, wo wir vor der Krise waren. Das aber ist ein problematischer Wille. Eine solche Entwicklung würde unausweichlich die Voraussetzungen für die nächste Krise hervorbringen. Zudem würde sie die enormen Belastungen, welche die Krise angehäuft hat und die ja nicht verschwunden sind, den ärmeren Schichten, den weniger entwickelten Völkern und den kommenden Generationen aufbürden.

### II

Was dazu aus Kreisen der Regierungselite verlautet, ist oberflächlich, Spuren verwischend und in aller Regel einfach peinlich. Das war seit Beginn der Krise so: Frank-Walter Steinmeier, der an Schröders „Agenda 2010“ fleißig mitgebastelt hatte, hielt es April 2007 für angebracht, zu verkünden, in Deutschland habe ein neues Wirtschaftswunder eingesetzt.<sup>2</sup> Das war leichtsinnig. Soeben war New

<sup>1</sup> Rudolf Hickel: Plädoyer für einen regulierten Kapitalismus. In: Elmar Altvater et al.: Krisen Analysen: Hamburg 2009. S. 73

<sup>2</sup> Der Spiegel. Nr.28/9.7.07. S. 39.

Century, das zweitgrößte Hypothekenunternehmen der USA, zusammengebrochen, und der aufmerksame Beobachter, musste sich fragen, ob da nicht den USA eine sich über die USA hinaus ausbreitende allgemeine Bankenkrise ins Haus steht und ob die Entwicklung der Dinge nicht dahin tendieren wird, sich zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auszuweiten. Hierzulande musste diese Tendenz schon 2007 auf eine abflauende Konjunktur, auf sozialpolitischen Abbau, sinkende Löhne, zunehmende Armut, auf schwindelerregende Finanzspekulationen bei stagnierender Binnenwirtschaft etc. treffen. Dass sich da enorme **Konflikt- und** Krisenpotenziale zusammenbräuten und krisenhaften Erschütterungen entgegentreiben mussten, war kaum zu übersehen. Tatsächlich war der Wirtschaftswunderregenbogen rasch verblasst, und statt dessen ereilte alsbald die vom Zusammenbruch der Investmentbank Lehmann Brothers ausgehende Pleitewelle die Deutsche Industriebank, die Sachsen LB, die Bayern LB, die West LB, die Münchener Hypo Real Estate Holding.<sup>3</sup> Viele neoliberale „Experten“ setzten zunächst auf Schönfärberei und Abwiegeln. Jedoch verbreitete sich mehr und mehr allgemeine Ratlosigkeit, gepaart mit dem Jammern, niemand habe das Debakel vorhersehen können, was glatt gelogen war. Schließlich verlegten sich manche darauf, ein Ende der Krisenerscheinungen herbeizureden. Josef Ackermann, der das natürlich viel besser wusste, stellte um die Mitte des Jahres 2008 die Diagnose, wir seien am Beginn des Endes der Krise. Kurze Zeit später, im September, verkündete der damalige Finanzminister Steinbrück, Deutschland habe gar keine Wirtschaftskrise, und die Finanzkrise sei im wesentlichen bereits überwunden. Auch er wusste es besser, jedenfalls hat er über eben diese Zeit unlängst erklärt, die Welt habe vor einem Abgrund gestanden.<sup>4</sup> Tatsächlich nahm die weltwirtschaftliche Talfahrt an Umfang und Tiefe und an beängstigendem Tempo zu. Gegen Ende 2008 gelang den berühmten fünf „Wirtschaftsweisen“ wenigstens der Hinweis, dass die deutsche Wirtschaft sich auf dem Weg in eine Rezession befinde. Dennoch hatte FAZ.NET im März 2009 wohl Recht mit der Feststellung: „... die Dynamik des Abschwungs (sic!) haben die ‚fünf Weisen‘ nicht erkannt.“<sup>5</sup>

**Das** ist nur eine kleine Auswahl. Schon sie zeigt, dass das **offizielle Deutschland in die** Krise **taumelte**.<sup>6</sup> Die kollektive und zugleich in sich zerspaltene Ratlosigkeit, die hier zutage trat, war nur der Ausdruck des Debakels jener Wirtschaftspolitik, deren tragende Pfeiler die Forderungen nach dem Abbau staatlicher Regulierung – speziell der Regulierung des Finanzkapitals –, nach der „Freiheit“ des Marktgeschehens, nach dem Abbau staatlicher Fürsorge, nach der Einschränkung von Arbeitnehmerrechten, nach der Beseitigung von Lohnbegrenzungen nach unten, nach der Privatisierung öffentlicher Güter und Dienste. Das wird gewöhnlich als *Neoliberalismus* bezeichnet. Hier kann auf die Entwicklung des Neoliberalismus nicht im Detail eingegangen werden. Uns interessieren hier nur einige Aspekte des Neoliberalismus als praktizierter Wirtschaftslehre seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Grundzüge dieser Orientierung wurden unter dem Einfluss der Chicagoer Schule des Neoliberalismus während der Pinochet-Herrschaft in Chile realisiert, fast könnte man sagen, es war ein Probierfeld des Neoliberalismus. Das neoliberale Konzept war eine bestimmende Komponente der aggressiv-antisozialen Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration und der Thatcher-Regierung. Daran anlehnend wurde anfangs der 80er Jahre in Führungskreisen der FDP in dem sogenannten Lamsdorff-Papier<sup>7</sup> eine für die Bundesrepublik gedachte neoliberale Konzeption entwickelt. Sie findet sich dann in Hauptpunkten in der berühmten Agenda 2010 als rot-grünes Regierungsprogramm wieder. Sie war der Schröder-Regierung bei Regierungsantritt in einem Forderungskatalog des Bertelsmann-Konzerns in dem Wirtschaftsmagazin „Capital“ öffentlich, geradezu erpresserisch vorgelegt worden, und sie wurde in allen wesentlichen Punkten übernommen. So wurde regierungsamtlich am Zustandekommen der Krise eifrig mitgebastelt.

<sup>3</sup> Diesem Unternehmen wurden 100 Milliarden € zugeschoben, was die Süddeutsche im Februar 2009 veranlasste auszurechnen, man benötige anderthalb Kubikmeter Sand, um 100 Milliarden Körnchen anzuhäufen.

<sup>4</sup> Der Spiegel. Nr. 37/13.9.10. S, 40

<sup>5</sup> FAZ.NET, 24. März 2009

<sup>6</sup> **Die einzig gerade Linie wurde bei dem ehemaligen Wirtschaftsminister Michael Glos sichtbar: Er schwieg sich in bayerischer Behäbigkeit aus und trat alsbald zurück, er kapitulierte - meinte FAZ.NET –, ohne überhaupt je in den Kampf gezogen zu sein**

<sup>7</sup> Graf Otto von Lamsdorff: Konzeption für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die ganze Entwicklung der Dinge legt nun wieder den Umkehrschluss nahe, dass eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die man hierzulande vor allem seit 1989/90 triumphalistisch als die einzig heilsbringende gepriesen und bis zum Überdruß gefeiert hat, in Wahrheit missraten, gescheitert ist und als konzeptionsbildende Vorlage für emanzipatorische Wege aus der Krise und nach der Krise untauglich ist. Elmar Altvater hat unlängst von der Notwendigkeit gesprochen, die Trümmerwüste aufzuräumen, die der Neoliberalismus hinterlässt. Hier steht vor allem für die politische Linke eine geschichtliche Herausforderung an. Klaus Steinitz meint: „Die tiefe, weltweite und lang andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, dass die auf Radikalisierung der Marktsteuerung, Dominanz der Finanzmärkte und schrankenloser Profitmacherei beruhende neoliberale Wirtschaftstheorie und -praxis ihrem Wesen nach nicht nur völlig ungeeignet ist, den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden, sondern ihnen direkt entgegengesetzt ist. Damit ist jedoch noch nicht die Vorherrschaft neoliberaler Ideologie und Praxis aufgehoben.“<sup>8</sup> Man muss sehen, dass der Neoliberalismus *fundamentalistische Charakterzüge* angenommen hat.<sup>9</sup> Er ist *Herrschaftsideologie*, welche die *sozialökonomische, politische und schließlich auch die ideologische Formierung des gesellschaftlichen Lebens im Sinne des „Westens“ überall in der Welt bezweckt*. Wenn Max Weber Herrschaft als die Chance definiert, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebaren Personen Gehorsam zu finden, so müsste man anfügen, dass diese Gehorsamkeit einem Befehl gegenüber auch durch handfeste politische und ökonomische Erpressung (wie heute durch IWF oder Weltbank praktiziert) oder gar durch Militärschläge denkbar ist.

Die Fortführung der neoliberalen Linie *findet realiter längst statt*. Ihre Vertreter und Einpeitscher sitzen überall noch im Sattel. Die schwarz-gelbe Regierung in Deutschland agiert zwar reichlich chaotisch, aber eindeutig ist ihre neoliberale Programmatik. Die in diesem Rahmen und mit dieser Zielsetzung ergriffenen Antikrisenmaßnahmen fahren zwar Schulden in astronomischen Maßen ein, aber sie sind durchaus wirksam. Die Banken konnten die finanzkapitalistische Praxis, die das Finanzdesaster ermöglichte, ziemlich bruchlos weiterführen – dank der ihnen vom Staat zugeschusterten Milliarden und dank des Ausbleibens oder der Verzögerung durchgreifender staatlicher Regulierungsmaßnahmen.

### III

Die theoretischen Aspekte des Problems kann man um die Frage gruppieren, worin die *endogenen, dem ökonomischen System des Kapitals inhärenten, in dessen Wesen liegenden Wurzeln* der krisenzyklischen Prozesse bestehen. Die Fähigkeit, zu dieser Problematik eine theoretisch begründete Konzeption zu entwickeln, die das Zustandekommen von Krisen und die Krisenzyklizität zu erklären vermag, ist ein entscheidendes Kriterium für jede makroökonomische Theorie. Mit dieser Problematik konfrontiert, sah nun allerdings die neoliberale Wirtschaftstheorie seit eh und je alt und hilflos aus. In ihren Modellen sind systemische oder systemimmanente Ursachen für Wirtschaftskrisen ganz einfach nicht vorgesehen, da können allenfalls Störungen auftreten, die aus exogenen Einflüssen, aus Handlungsweisen gieriger „Heuschrecken“ und unfähiger Manager, aus dem Fehlverhalten von Politikern und Parteien, aus unsachgemäßen Einflussnahmen des Staates auf die Wirtschaft, selbstverständlich und vor allem aber aus hohen Lohnforderungen der Gewerkschaften und aus viel zu hohen Löhnen resultieren. Das kapitalistische System selber ist demnach an solchen Störungen überhaupt nicht schuld. Dieses System ist nach der neoliberalen Theorie dadurch charakterisiert, dass Angebot und Nachfrage sich generell im Gleichgewicht befinden.<sup>10</sup> Mithin kann es Überproduktion oder Überakkumulation, die durch das System selbst verursacht sind, gar nicht geben, und ebenso wenig kann es eine systembedingte, also unfreiwillige Arbeitslosigkeit geben.<sup>11</sup>

<sup>8</sup> Klaus Steinitz: Die Globalisierung zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Konsequenzen für alternative Wirtschaftspolitik.. In: Pankower Vorträge. Heft 138. S. 20

<sup>9</sup> [Harry Nick ... In: Neues Deutschland vom 19. September 2009](#)

<sup>10</sup> Diese These wurde erstmalig 1803 durch Jean Baptiste Say vertreten (das ist das sogenannte Saysche Theorem).

<sup>11</sup> [Woraus in der Umkehr zu folgern ist, dass es nur freiwillige, also selbstverschuldete Arbeitslosigkeit geben kann, und das erklärt vielleicht, aus welcher Geisteshaltung heraus man auf so bösertige und verleumderische Aussagen kommen kann wie man sie von dem einen oder anderen Politiker der schwarz-gelben Regierung vernehmen kann.](#)

Schon die Idee des Marktgleichgewichts ist eine kontrafaktische Gedankenkonstruktion. Sie widerspricht jeder Empirie. Gleiches gilt für die Idee des „homo oeconomicus“, eines individuellen Wirtschaftssubjekts, das mit mehr oder weniger perfekten Informationen über Markt und Marktteilnehmern völlig rational handelt oder für die Idee eines „vollkommenen Marktes“, auf dem Markttransparenz herrscht<sup>12</sup> und auf dem folglich alle Bürger – so Walter Eucken, einer der Väter des neoklassischen Konzepts – über den Preismechanismus die Wirtschaft lenken können. Diese Wirtschaftstheorie baut also in wesentlichen Zügen auf *Gedankenkonstruktionen*, die mit der Empirie auf Kriegsfuß stehen und die allenthalben von konkrethistorischen Zusammenhängen, Prozessen und Interessenkollisionen abstrahieren.

Wenngleich diese Theorie aus geschichtsphilosophischer Sicht reichlich merkwürdig ist, sollten „neoklassische“ Tendenzen *nicht nur* aus dem Negativwinkel beurteilt werden. Denn die Fokussierung auf monetäre Aspekte der gesellschaftlichen Produktions- und Austauschverhältnisse ist in Grenzen methodisch berechtigt. Marktrelationen, Preise und Preisgestaltung, Geldkreisläufe, Kredite und Zinsen, allgemein gesagt, die Rolle und die Mobilisierung finanzieller Mittel und ihre Allokationsfunktionen im modernen Produktions- und Reproduktionsprozess können und müssen Gegenstand wirtschaftstheoretischer Untersuchung sein. Auch künftige Gemeinwesen, die sich auf eine sozialistische Entwicklung orientieren, werden auf diese monetäre Seite von Planungs- und Organisationsprozessen ungleich größeres Gewicht legen müssen, als das in bisherigen Sozialismusversuchen der Fall war. Fragwürdig wird dieses Vorgehen erst, wenn der Blick dafür verloren geht oder gar abgeblockt wird, dass man sich innerhalb einer gedanklichen Abstraktion bewegt und von dieser zu einer realhistorischen Konkretion übergegangen werden muss. Es bedarf also der Reintegration von Ergebnissen des Abstraktionsverfahrens in die makrotheoretische Fassung des geschichtlich konkreten Produktions- und Reproduktionsprozess mit all seinen Interessenkonflikten und Imponderabilien (Unwägbarkeiten).

#### IV

In diesem Zusammenhang bietet sich an, einen wichtigen methodologischen Gesichtspunkt in die Debatte einzubeziehen. Jede ökonomische Theoriebildung erfolgt auf der Basis und unter dem Einfluss einer allgemeinen *Denkweise*.

In unserem Zusammenhang sind vor allem *statische* und *dynamische* Denkweisen zu unterscheiden. Wer wirtschaftstheoretische Konzepte auf Basisvorstellungen von Gleichgewichtszuständen, von vollendeten Marktsituationen, von perfekten Informationen, von totaler Handlungsrationalität u. ä. aufbauen will, der ist schon im Ansatz in einer statischen Denkweise befangen. Die Dynamik gesellschaftlicher Zusammenhänge und Prozesse, Innovationen, qualitative Wandlungen, Spannungen, Widersprüchen und Entwicklungszyklen, also auch systemimmanente Krisenwurzeln sind dann eben keine möglichen Gegenstände des Denkens. Damit würde man in Gegensatz stehen nicht nur zur geschichtlichen Realität, sondern auch zum modernen entwicklungstheoretischen Denken wie es repräsentiert wird in den unterschiedlichen Ansätzen der Theorie komplexer Systeme und in der Denkweise der Dialektik, die immerhin das wichtigste Resultat einer zweieinhalbtausendjährigen Entwicklung des philosophischen Denkens ist. In den Mittelpunkt gesellschafts- und geschichtstheoretischen Fragens stehen heute die Selbstbewegung und die innere Dynamik von komplexen Systemen und deren Wechselwirkung mit der Umwelt, die Erhaltung von Systemen durch aktives Reagieren, durch Veränderung und Auflösung von Systemen, Situationen weitab vom Gleichgewicht, innere Schwingungen und die immanente Ausbildung von Instabilitäten<sup>13</sup> – in der

---

<sup>12</sup> Über diese Vorstellung der Markttransparenz darf man sich wundern, und zwar nicht nur, weil – wie Fritz Behrens bereits vor einigen Jahrzehnten schrieb –, die „immanenten Kräfte des Kapitalismus selbst ... den Mechanismus des Marktes außer Kraft gesetzt“ haben, so dass der Kapitalismus selbst schon nach der Lenkung der Produktivkräfte dränge (Fritz Behrens: Grundriss der Geschichte der politischen Ökonomie. Band IV. Berlin 1981. S. 53), was die gegenwärtige Krise handgreiflich demonstriert, sondern auch deshalb, weil die Idee eines transparenten Marktes ein logischer Widerspruch in sich selbst ist, es ein transparenter Markt also logisch gar nicht geben kann (wie 1935 durch Oskar Morgenstern bewiesen wurde).

<sup>13</sup> Schumpeter !!!

philosophischen Terminologie der Dialektik: von dialektischen Widersprüchen. Nach der kürzesten und zugleich weitestreichenden Formel zielt die Dialektik, auf die „Erforschung des Widerspruchs *im Wesen der Dinge selbst*.“<sup>14</sup> Hegel meinte, es sei überall gar nichts, worin nicht der Widerspruch aufgezeigt werden kann und muss.<sup>15</sup> Er sei „die Wurzel aller Bewegung und Lebendigkeit“. Er sei die „Negativität, welche die innewohnende Pulsation der Selbstbewegung und Lebendigkeit ist.“<sup>16</sup> Etwas sei nur lebendig, sofern es den Widerspruch in sich enthalte, und zwar die Kraft sei, „den Widerspruch in sich zu fassen und auszuhalten“; wenn es dazu nicht fähig sei, gehe es in dem Widerspruch zugrunde.<sup>17</sup> Hier werden empirisch aufzuweisende Grundprobleme der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Zyklizität angesprochen, mit denen neoklassische Denkansätze ganz einfach nicht zusammenpassen.

Vor allem aus geschichtstheoretischer Sicht bietet es sich an, von der *realen Dynamik und den komplexen Entwicklungsproblemen und –widersprüchen der produktiven Kräfte der gesellschaftlichen Arbeit* auszugehen. Wirtschaftskrisen haben immer mit Widersprüchen der Produktivkraftentwicklung und der gesellschaftlichen Entwicklungsformen derselben zu tun. Vielleicht sollte dieser Zusammenhang bei der Erörterung der Krisenproblematik stärker in das Gesichtsfeld gerückt werden.<sup>18</sup> Bei Marx jedenfalls steht das im Zentrum der Aufmerksamkeit, wenn es um die dem kapitalistischen System immanenten Ursprung der kapitalistischen Krisen und Krisenzyklizität geht. Ich lasse im folgenden zunächst eine kleine Auswahl mir besonders wichtig scheinender Passagen folgen. „Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, umso mehr gerät sie (unter kapitalistischen Bedingungen – W. E.) in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen.“<sup>19</sup> Die Entwicklung der Produktivkraft widerspreche der „relativ zum wachsenden Reichtum, immer schmäler werdenden Basis, für die diese ungeheure Produktivkraft wirkt, und den Verwertungsverhältnissen dieses schwellenden Kapitals. Daher die Krisen.“<sup>20</sup> Das Mittel – die unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerate in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals.<sup>21</sup> „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“<sup>22</sup> Über den Schweizer Ökonomen und Historiker Sismondi<sup>23</sup> bemerkt Marx, dieser fühle den „Grundwiderspruch des Kapitalismus: Ungefesselte Entwicklung der Produktivkraft und Vermehrung des Reichtums, der zugleich aus Waren besteht, versilbert werden muss, einerseits, andererseits als Grundlage Beschränkung der Masse der Produzenten auf necessities.“<sup>24</sup> Krisen bereinigen zumindest partiell und momentan aufgestaute Konfliktsituationen, und sie bringen – vor allem durch technisch-ökonomische Innovationen – neue Entwicklungsabschnitte des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems auf den Weg.

<sup>14</sup> So Lenin in seinen Notizen zu Hegels Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie. In: LW Bd. 38. S. 240

<sup>15</sup> G. W. F. Hegel: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften. § 89

<sup>16</sup> G. W. F. Hegel: Wissenschaft der Logik. Zweiter Teil. Leipzig 1948. S. 61

<sup>17</sup> Ebenda S. 59

<sup>18</sup> [Nicht in der Art Stalins ...](#)

<sup>19</sup> MEW Bd. 25. S. 255

<sup>20</sup> MEW 25. S. 277.

<sup>21</sup> MEW Bd. 25. S. 260.

<sup>22</sup> [MEW 25. S. 501](#). Diese Passage sollte genau gelesen werden. Was im ersten Teil des Textes ausgesagt wird, ist allgemein bekannt, nicht nur unter Marxisten. Der Inhalt des restlichen Teils, beginnend mit „gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion ...“ bleibt jedoch oft unbeachtet. Indessen ist er für den Gedankenzusammenhang geradezu entscheidend. Er macht deutlich, dass es nicht einfach um die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen geht. Vielmehr wird diese Tendenz des Kapitals immer in Beziehung gesetzt zu der dem Kapital eigenen Tendenz der unbeschränkten Entwicklung der Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Reichtums. Beide Aspekte stehen in einem geschichtlich sich entwickelnden Zusammenhang, in dem sie einander wechselwirksam bedingen und in dem sie doch zugleich gegensätzlich sind

<sup>22</sup> MEW Bd. 26.3. S. 50

<sup>23</sup> Jean-Charles-Léonard Simonde de Sismondi, Schweizer Ökonom und Historiker (1773 –1842)

<sup>24</sup> (MEW Bd. 26.3. S. 50)



Das also ist – extrem kurz wiedergegeben – Marx' grundsätzlicher Denkeinsatz. Beachtet werden muss, dass auf das Zustandekommen und auf den Verlauf von Krisen immer eine Vielfalt äußerer wie innerer Faktoren – weltpolitische Verwicklungen, die Situation im Welthandel, spezifische volkswirtschaftliche Strukturen und die Geschichte derselben, das kulturelle und Bildungsniveau, die Geldpolitik, die Regierungspolitik usw. – einwirken. Der generelle Ansatz muss also entsprechend vertieft, präzisiert, differenziert, erweitert, weiter ausgebaut, konkretisiert, modifiziert werden. Das Grundlegende aber sind die inneren Ursachen in Gestalt der Widersprüchlichkeit, die mit den Voraussetzungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses gegeben sind und die sich unter konkreten Bedingungen auf spezifische Weise gestalten.<sup>25</sup> Wir sehen also, dass schon die allgemeine und abstrakte Fassung vom Denkansatz her zur konfliktreichen, dynamischen ökonomischen Realität führt und nicht von dieser weg in die Sphäre von Gedankenkonstruktionen, die statisches Denken ausdrücken. Die Jagd nach Maximalprofit erzeugt einerseits die Tendenz der absoluten, ungezügelter Entwicklung der Produktivkräfte und der unbeschränkten Produktion von gesellschaftlichem Reichtum, andererseits aber muss der Reichtum auf dem Markt realisiert werden, was nur auf der Basis der sozial-antagonistischen Strukturiertheit der Verhältnisse erfolgen kann, und diese sind für die Masse der Gesellschaft – in Relation zur Entwicklung des Reichtums – eng und auf „necessaries“ begrenzt. Damit werden zugleich die Realisierungsmöglichkeiten des kapitalistischen Gewinns beschränkt und eingengt. Aus ein und demselben Kapitalverhältnis gehen Wirkungslinien hervor, die einander bedingen und voraussetzen und zugleich gegensätzlich sind, einander beschränken – eine echte Einheit von Gegensätzlichem, der Widerspruch im Wesen der Dinge selbst. Wir bezeichnen das als produktiv-destruktive Doppeldynamik, die der kapitalistischen Produktionsweise eigen ist.<sup>26</sup>

Diese Sicht der Dinge liefert eine plausible Erklärung dafür,

- a) dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung auf Grund endogener Ursachen Krisen hervorbringen muss;
- b) dass Krisen zyklisch auftreten, seit 1815 eine nach der anderen und in einiger Regelmäßigkeit;
- c) dass das Nacheinander der Krisenzyklen keine bloße Aufeinanderfolge oder Wiederkehr von Kreisläufen ist, sondern, um im Bildhaften zu bleiben, eine Vorwärtsbewegung in Spiralenform oder in der Form der Negation der Negation auf der Grundlage der Produktivkraftentwicklung.

## V

Heute wird häufig der Finanzkrise – und da wieder dem Zusammenbruch von Spekulationsblasen – die Urheberschaft der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zugeschoben. Das ist nicht gänzlich unberechtigt. Was heutzutage in der Finanzwirtschaft geschieht, bestimmt in entscheidendem Maße ob positiv, ob negativ oder ob und negativ im Pack die Entwicklungsrichtung der gesamten Ökonomie. Dass das Geldkapital speziell im Kreditwesen die Tendenz hervorbringt, sich gegenüber dem Produktions- und Reproduktionsprozess zu verselbständigen, wurde von Marx bereits bei der Behandlung des zinstragenden und des „fiktiven“ Kapitals beschrieben<sup>27</sup>, und Marx sah auch, dass diese Entwicklung gefährlich werden kann – selbst für den industriellen Kapitalisten. Auch Lenin verwies darauf, dass die Tendenz der Trennung des kapitalistischen Eigentums von der Anwendung des Kapitals, des Geldkapitals vom produktiven Kapital dem Kapitalismus überhaupt eigen ist, und er konstatierte bereits für seine Zeit das „Übergewicht des Finanzkapitals über alle übrigen Formen des Kapitals“.<sup>28</sup>

<sup>25</sup> hat bei Stalin in „Über dialektischen und historischen Materialismus“ eine Fehlorientierung erfahren. Krisen werden da als Ausdruck einer „schreienden Nichtübereinstimmung“ der Produktivkraftentwicklung mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen gefasst, während es infolge der „völligen Übereinstimmung“ der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit der Produktivkraftentwicklung keine Wirtschaftskrisen gibt. Der Fehler = PV nur als Hüllen begriffen, die nicht mehr übereinstimmen usw. Marx ganz anderen Zugang: Aktivität der Produktionsverhältnisse. Andere Sicht der Widersprüche

<sup>26</sup> Wolfgang Eichhorn/Wolfgang Küttler: Geschichte in möglichen Perspektiven denken. A. a. O. S. 41

<sup>27</sup> MEW. Bd. 25. S. ....Bd. 26.3 S. 479, S. 480. Jürgen Leibiger: Stabilisierungspolitik mit Marx? In: Pankower Vorträge. Heft 135. S. 37

<sup>28</sup> W. I. Lenin:

Offenkundig haben wir es mit einer Entwicklung des Kapitalismus in qualitativ unterschiedlichen Stufen und mit z. T. tiefgreifenden Einschnitten zu tun, und dieses Geschehen hat sich auch und gerade in den letzten Jahrzehnten in rapidem Tempo fortgesetzt. Dabei haben sich die Funktionen und die Mechanismen der Finanzwirtschaft ebenso wie deren Rolle im ganzen gesellschaftlichen Organismus qualitativ gewandelt. Allein die Tatsache, dass das globale Geldvermögen seit Beginn der 80er Jahre des zurückliegenden Jahrhunderts etwa fünfmal schneller wuchs als das globale Bruttoinlandsprodukt, deutet auf den Umfang der damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Veränderungen hin.

Was auf diesem Gebiet geschieht, liegt in der allgemeinen Entwicklungslogik des Kapitals überhaupt. Diese wird durch den Gang der Dinge nicht durchbrochen, wohl aber werden die dieser Logik inhärenten Widersprüche aufs Unerträgliche gesteigert, wo sie in großem Ausmaß selbstzerstörerische Tendenzen der Wirtschaftsordnung hervorbringen. So haben die spekulativen Aktivitäten von Finanzinstitutionen die Gesellschaft beim Marsch in die Finanzkrise Milliarden und Abermilliarden gekostet, und zugleich haben sie die Investitions- und Innovationsbereitschaft produzierender kapitalistischer Unternehmen untergraben, indem diese dazu verleitet wurden, sich am Finanzspekulationstaumel (der ein Vielfaches des durch produktive Investitionen erreichbaren Gewinns versprach) zu beteiligen. Es setzte eine Demontage des berühmten „kreativen Unternehmertums“ ein, speziell des mittelständischen, mit allen Folgen, speziell denen auf dem Arbeitsmarkt. Der Einbruch des Kreditystems hat dazu sein übriges getan.

Nicht zu unterschätzen als Krisenerscheinung und -wirkung ist die ideologische Verkehrung, die sich mit alledem verbindet. Ich meine damit die Vorstellung, Finanzprozesse mit fetten Renditen seien möglich durch rein monetäre Operationen, speziell durch Highspeed-Trading, weitab von der durch menschliche Arbeit bewegten Produktions- und Reproduktionssphäre und ohne jede Vermittlung mit dieser. Daraus erwächst Ideologie par excellence, an deren en gros Produktion sich Scharen von neoliberalen Theoretikern und Experten beteiligten: Die Schöpfung von gesellschaftlichem Reichtum vollzieht sich in dem Selbsterzeugungs- oder Selbstvermehrungsakt des Geldes, woraus folgt, dass die in dieser Sphäre agierenden moneymaker die entscheidenden, wo nicht gar die einzig ernstzunehmenden „Leistungsträger“ und Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums sind, ihnen also auch Gehälter, Abfindungen und Boni in astronomischen Höhen zustehen. "Genau genommen ist Shareholder Value die blödeste Idee der Welt"<sup>29</sup> – so Jack Welch, einst Chef des General Electric Konzerns und militanter (inzwischen offenbar ein kleinwenig geläuterter) Verfechter des Shareholder-Value-Prinzips. Sie ist allerdings nicht nur eine blöde Idee, sie ist eben auch die Idee der universellen Umverteilung von unten nach oben oder, mit andern Worten, die Idee des organisierten universellen Raubs. Es muss also darauf bestanden werden, dass die Erzeugung von gesellschaftlichem Reichtum noch allemal auf der zweckmäßigen Verausgabung menschlicher Arbeit beruht, die natürlich heutzutage die Nutzung finanzieller Hebel zur Allokation volkswirtschaftlicher Mittel des Produktions- und Reproduktionsprozesses einschließt, was eine der Funktionen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters ist.

Die Krise auf dem Finanzmarkt war zwar ein auslösender Faktor der allgemeinen Wirtschaftskrise. Sie verschärft diese und führt zu einer Reihe von Besonderheiten. Aber die Krise selber hat ihren *Ursprung in der Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems überhaupt*. „Die aktuelle Krise – so Sarah Wagenknecht – ist eben nicht nur das Werk unkontrollierter Spekulanten und geldgieriger Investmentbanker, die durch eine bessere Regulierung wieder auf den Pfad der Tugend zurückzuführen wären. Der endlose Finanzschaum speist sich aus Reservoirs, die sehr viel tiefer liegen. Er quillt aus den Lebensadern eines Wirtschaftssystems, das nur produziert und investiert, wenn die Rendite für die Kapitalgeber stimmt, und für das daher Löhne, Sozialabgaben oder auch Unternehmersteuern nichts als lästige Kostenfaktoren sind, deren man sich nach Möglichkeit zu entledigen hat. In dieser Fixierung auf Profit statt Bedarf liegt die letzte Ursache aller Ungleichgewichte, Instabilitäten und Krisen, die selbst ein besser regulierter Kapitalismus immer wieder erzeugen wird, von einem ungezügelt und enthemmt nicht zu reden.“<sup>30</sup>

<sup>29</sup> Lesen wir in „Süddeutsche“ im März d. J.

<sup>30</sup> Sarah Wagenknecht: Wahnsinn mit Methode. Finanzcrash und Weltwirtschaft. Berlin 2008. S. 188

Die kapitalbestimmte Produktionsweise bewegt sich also *unter Einschluss der Operationen des heutigen Finanzkapitals in der produktiv-destruktiven Doppeldynamik*, von der bereits die Rede war und die, wie die Krise zeigt, durch die kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte nicht aufgebrochen wird. Sie nimmt vielmehr umfassendere und schärfere und für die menschliche Zivilisation gefährlichere Formen an.

## VI

Wenn wir versuchen, geschichtlich wichtige Ereignisse des letzten Vierteljahrhunderts – darunter die geschichtliche Niederlage des sowjetischen Sozialismusmodells und der Realisierungsformen desselben, den offenkundigen Niedergang des USA-Weltherrschaftsmodells, den Aufstieg Chinas als weltweit agierende Wirtschafts- und Finanzmacht, die globale Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre mit dem ruinösen Einbruch des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und mit den verheerenden Auswirkungen auf die ärmeren und viele Schwellenländer, die zunehmenden Widersprüche im Mensch-Natur-Verhältnis, insbesondere die sich verschärfende Klima- und Energieproblematik, die allgemeine Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich, die katastrophale Zunahme des Hungers in der Welt, die Vielfalt ganz unterschiedlicher sozialökonomischer Schichtungs- und Differenzierungsprozesse – gedanklich in einen Zusammenhang zu bringen, stoßen wir auf einige Denkschwierigkeiten. Zunächst stellen wir fest, dass wir mit einer Mannigfaltigkeit geschichtlich und sozial höchst disparater Veränderungs- und Übergangsprozesse zu tun haben. Sie sperren sich gegen jeden Versuch, sie begrifflich als linearen Prozess mit einfachem einheitlichen Charakter zu deuten, was uns sichere Aussagen über den weiteren Gang und die Perspektiven ermöglichen würde. Die begrifflichen Mittel vergangener Jahrzehnte passen nicht auf die heutigen Gegebenheiten. Die geschichtstheoretische Begrifflichkeit muss auf der Grundlage neuer Gegebenheiten neu durchdacht, präzisiert und geschärft werden, was überhaupt nicht bedeutet, alles „alte Gepäck“ wegzuworfen.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise muss also als Teil dieses Gesamtgeschehens verstanden werden. Sie sind in diese involviert, und das bestimmt ihre widersprüchlichen realgeschichtlichen Dimensionen. Progressive und sozial gerechte Wege zur Krisenbewältigung können von diesen Wechselbeziehungen nicht abgelöst werden. Sie würden verfehlt, wenn man – wie Lenin kurz vor der Oktoberrevolution in einem ähnlichen, aber vergleichbaren Zusammenhang – sagte, Angst hat, Schritte zum Sozialismus zu gehen.<sup>31</sup> Es gilt aber auch umgekehrt: Schritte zum Sozialismus sind nur möglich, wenn linke Positionen in allen technisch-ökonomischen, finanzorganisatorischen, bildungspolitischen, rechtlichen usw. Fragen, die mit der Krise verbunden sind, kontinuierlich erarbeitet und durchgesetzt werden. Das ist eine Großaufgabe, der sich die politische Linke stellen muss.

Wenngleich also von einem in seiner geschichtlichen Qualität einheitlichen, linearen Prozess der gegenwärtigen Epoche keine Rede sein kann, bilden die Ereignisse andererseits aber doch ein geschichtlich-konkretes und sich veränderndes Ganzes von Wechselwirkungen. Dieses Ganze ist hinsichtlich seiner Organisation und Entwicklung nicht auf eine oder mehrere Einzelereignisse und auch nicht auf die Summe von Einzelereignissen und -vorgängen reduzierbar. Es bildet vielmehr ein komplexes System, das seine eigenen Bewegungsrhythmen und -tendenzen ausbildet – auf dem Weg der Selbstorganisation. Die theoretische Problematik, die hier auftritt, mag durch eine Analogie mit einem anderen komplexen System verdeutlicht werden. Mutatis mutandis kann von komplexen Verhältnissen der Gesellschaft – also auch von der gegenwärtigen Situation gesagt werden, was der Meteorologe und Mitglied der Leibniz-Sozietät Karl-Heinz Bernhardt zum Klimasystem ausführt: Es ist ein „hochgradig komplexes System mit zahlreichen positiven und negativen Rückkopplungen, die hohe Empfindlichkeit gegenüber externen Anregungen ... bedingen, aber auch vielfältige innere Schwankungen hervorbringen.“<sup>32</sup> Das Verhalten solcher Systeme ist nur in ganz engen Grenzen mit einiger Sicherheit vorher bestimmbar. An diesen Grenzen beginnt der Bereich des Möglichen, des Wahrscheinlichen, der begründeten Vermutungen. Denn die Bewegung des Ganzen wird durch vielschichtige Wechselbeziehungen bestimmt, in denen unzählige Rückkopplungen und Rekursionen auftreten, so dass sich ausbildende Verlaufsprozesse durch unvorhersehbare Verzweigungen,

<sup>31</sup> W: I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, Werke Bd. 25

<sup>32</sup> Karl-Heinz Bernhardt: Zur Klimadebatte (Thesen). <http://www.leibniz-sozietat.de/debatte/03%20Klimawandel/Bernhardt%20-%20Thesen%20zur%20Klimadebatte.pdf>



Unterbrechungen, Sprünge geprägt wird. Dabei können kleinste Veränderungen in den Ausgangs- oder Randbedingungen dramatische Großveränderungen komplexer Systeme nach sich ziehen.

Das muss auch bei der Erörterung von Konzepten zur praktischer Gestaltung gesellschaftlicher Ordnungen beachtet werden. Veränderungen, die durch menschliche Aktivität in komplexen Systemen in Gang gesetzt werden, verlaufen ebenfalls nicht linear. Wirkungslinien, die durch unsere Aktivität auf den Weg gebracht werden, können nur in räumlich und zeitlich engen Grenzen beabsichtigte Ziele erreichen. Mehr und mehr, aber unvermeidlich werden sie den Schein von Linearität verlieren und vor allem von beabsichtigten Wirkungen mehr oder weniger weit abweichen, sich u. U. sogar gegen sie kehren.

Daher sollte man sich zu jeder Rede von sogenannten "bewährten" und daher fortzusetzenden politisch-strategischen Konzepten skeptisch verhalten. Es bedarf der beständigen Arbeit an solchen Konzepten und der Fähigkeit zu deren kritischer Prüfung an Hand der praktischen Erfahrungen. Erfahrungswerten, die unseren Vorstellungen und Konzepten widersprechen, gehört in solchen Fällen die Vetomacht. Es kommt also vor allem darauf an, das vom Beabsichtigten Abweichende und ihm Zuwiderlaufende zu erfassen und zu verarbeiten, also die "strategische Linie" zu ändern, kurz, umzulernen, zu korrigieren.

Jedenfalls kann die Entwicklung komplexer Systeme nur in möglichen Perspektiven und möglichen Zukunften gedacht werden. Das impliziert die Einsicht in die Vielfalt und Offenheit möglicher Wandlungen und in die Vorläufigkeit aller Vorstellungen von Weg und Ziel. Das bedeutet aber nicht, dass die Menschheit zu völliger Orientierungslosigkeit verdammt ist. Aber dieser Problematik kann man sich annähern. Allerdings ist es angebracht, sich dieser Problematik von einem geschichtlichen Sachkomplex her zu nähern, der beobachtbar, objektiv, unabhängig von unseren zeitgebundenen Wünschen und Werturteilen ist, nämlich von den gegenwärtigen Entwicklungsmöglichkeiten und -tendenzen der Produktivkräfte her.

## VII

Die Entwicklung der Produktivkräfte, wie sie sich heute bereits abzeichnet, wird allem voran dadurch charakterisiert, dass sie wissensbasiert ist, was auch ihre Funktion in der anwachsenden Komplexität der gesellschaftlichen Beziehungen und in den Globalitätstendenzen prägt. *Heute gehen technisch-ökonomische Innovationen, neue Technologien, neue Entwicklungslinien und Organisationsformen in Produktion, Verkehr und Handel mehr und mehr direkt und in wachsender Dichte aus dem revolutionären Fortschreiten der Wissenschaften hervor.* Hier eröffnet sich die Perspektive einer *fundamentalen Veränderung* aller Komponenten des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses, speziell der Arbeits- und Lebensbedingungen wie auch der geistigen Kultur der Menschen und der Organisationsformen ihres gesellschaftlichen Lebens.<sup>33</sup>

Zunächst ist festzustellen, dass die Produktivität der Arbeit im Zuge dieser Entwicklung in bisher nicht erahntem Tempo anwächst. Die Gesellschaft braucht immer weniger Zeit, um die für ihre Existenz und Entwicklung erforderlichen Güter zu produzieren. Mithin nimmt die arbeitsfreie Zeit zu. Bei Marx ist oft von „disposable time“ die Rede, von Zeit also, die für den Menschen *verfügbar* ist und auch genutzt wird für Muße, Erholung und für die Erweiterung und Betätigung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Gesellschaftsmitglieder. Es ist eine der Grundverkehrtheiten der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, dass diese arbeitsfreie Zeit als massenhaft hohe Arbeitslosigkeit mit all den bekannten ökonomischen, politischen, kulturellen und mentalen Folgen hervortritt. Der Soziologie Wolfgang Engler macht auf folgendes aufmerksam: „Die soziale Frage des frühen einundzwanzigsten Jahrhunderts ist die Frage nach dem Schicksal von Millionen von Menschen, für die der Gegenwartskapitalismus anscheinend keine Verwendung mehr hat. Was wird mit diesen Überflüssigen geschehen?“ Engler fragt weiter, ob man sie einer immer detaillierteren und eskalierenden sozialen Kontrolle unterwerfen oder sie vollends aus der Gesellschaft drängen

<sup>33</sup> Marx ist bereits vor 150 Jahren Veränderungen dieser Art nachgegangen. Vgl. Karl Marx: Ökonomische Manuskripte (speziell den Abschnitt über fixes Kapital und Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft. In: MEW Bd. 42. S.590 - 609

wird.<sup>34</sup> Hierher gehören auch die verhängnisvollen Einflüsse, die von dem infrastrukturell durchgestylten Netz der Propaganda einer primitiven bis brutalen Unterhaltungs“kultur“ ausgehen. All das betrifft, wohlbemerkt, nicht nur den Teil der Bevölkerung, der unter die Armutsgrenze sinkt oder gesunken ist, sondern auch den Teil, der, oberhalb dieser Grenzen einigermaßen lebend, in die Lage von Dauerarbeitslosen gerät. Indes induziert die heutige Produktivkraftentwicklung noch andere und viel weitergehende Fragestellungen. Der gesellschaftliche Reichtum wird heute nicht mehr vorwiegend im traditionellen unmittelbaren Arbeitsprozess (und seiner zeitlichen Ausdehnung) erzeugt, wenngleich dieser auch in absehbarer Zeit von Bedeutung sein wird. In den entwickelten Ländern ist die *Hauptquelle des gesellschaftlichen Reichtums* mehr und mehr zu suchen *in der Entwicklung, der gesellschaftlichen Förderung und der breiten produktive Anwendung von Wissenschaft und Technik, also im Bildungs- und Kulturniveau der Gesellschaft und aller ihrer Mitglieder*. Was damit in den Mittelpunkt rückt, ist die Entwicklung des „Humankapitals“, die vielseitige Entwicklung der Individualität als Faktor des Produktions- und Reproduktionsprozesses, das in exzellent ausgebildeten Köpfen existierende und anwendungsbereite Wissens und Könnens, das know how und know why, das Lerninteresse, die innovative Phantasie, Arbeits- und Organisationserfahrungen, Arbeitsdisziplin, Willensbildung und humanistische Zwecksetzung.

Der dem Kapital immanente Widerspruch zwischen der Konsumtionsbeschränkung der Massen – den „necessaries“ – auf der einen Seite und dem Trieb, die Produktivkräfte zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde, auf der anderen Seite erlangt damit ganz neue Qualität. Es handelt sich hier gar nicht mehr um die bloße Erweiterung der Konsumtion und um „necessaries“ im bisherigen Sinne, sondern um die Ausbildung der produktiven Fähigkeiten der Menschen. Marx sagt sogar, man könne das vom Standpunkt des unmittelbaren Produktionsprozesses betrachten als „Produktion von *capital fixe*; dies *capital fixe* being man himself“<sup>35</sup>.

Hier ergibt sich also eine perspektivisch-kritisch Sicht, der gegenüber viele Debatten über Lohnniveau, soziale Sicherheit u. ä., wie sie vor allem neoliberale Wirtschaftsexperten in und außerhalb der Regierung und Regierungen speziell in die Medien getragen werden, weit unterhalb des geschichtlichen und theoretischen Niveaus stehen, das durch die reale Entwicklung auf der geschichtlichen Agenda steht.

Letztlich geht es heute darum, eine zukunftsorientierte und allseitige Entwicklung der produktiven Kräfte der gesellschaftlichen Arbeit zu gewährleisten, eine Entwicklung, die langfristig im Einklang steht mit den Perspektiven einer friedlichen, gedeihlichen, humanen Zukunft der Menschheit. Im Zentrum steht nach wie vor als große geschichtliche Aufgabe, den verhängnisvollen Zusammenhang der in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft immer schärfer konfligierenden Produktiv- und Destruktivtendenzen, aufzusprennen, in ihn einzugreifen und ihn bewusst gestaltend zu intervenieren. Dabei sind auch Widersprüche zu beachten, die auf Imponderabilien, Ungleichmäßigkeiten und unkontrollierbaren Fernwirkungen der mit den heutigen Wissenschaften und Technologien verbundenen Produktivkraftentwicklung beruhen. Es gibt also auch destruktive Wirkmöglichkeiten, die von der wissenschaftlich-technischen Entwicklung – speziell bei fehlgeleiteten Gesellschaftssystemen und entsprechender Politik – ausgehen können. Besonders ist hinzuweisen auf die Tatsache, dass der Mensch unter den Bedingungen der gegenwärtigen Produktivkraftrevolution, in ganz anderen Größenordnungen, mit unvergleichlich größerer Intensität und mit viel tiefer greifenden Folgen als bisher in Naturzusammenhänge – vor allem in die klimatischen – einwirkt. Gesellschaftliche Formations- und Transformationsprozesse müssen heute als Momente eines hochkomplexen Systems ineinander greifender naturgeschichtlicher und gesellschaftsgeschichtlicher Prozesse verstanden werden. Jedes Eingreifen in dieses System führt zu Wirkungen, vor allem Fernwirkungen, die von den Absichten abweichen, wobei, wie bereits angedeutet, kleinste Veränderungen zu dramatischen, unkontrollierbaren Veränderungen führen können.

<sup>34</sup> Wolfgang Engler: Bürger ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft. Berlin 2005. S. 183

<sup>35</sup> MEW Bd. 42. S. 607

Die Gestaltungsaufgaben, die sich bei der Entwicklung der modernen Produktivkräfte ergeben, können also nicht darin bestehen, die Produktionsverhältnisse mit einem Entwicklungsstand der Produktivkräfte „in Übereinstimmung“ oder gar in „vollständige Übereinstimmung“ zu bringen, um den Produktivkräften einen „Spielraum“ zu verschaffen. Vielmehr haben sie die Entwicklung der produktiven Kräfte der gesellschaftlichen Arbeit von der Weichenstellung für wissenschaftlich-technischer Forschungs- und Entwicklungslinien über alle Phasen der Realisierung und der Produktionsorganisation – Unsicherheiten, Fehlschläge, Korrekturen und Umwege eingeschlossen – bis zur Nutzung und dem Einsatz zielführend zu gestalten und die dafür erforderlichen gesellschaftliche Strukturen und Organisationsformen ausfindig zu machen.

Es handelt sich also um eine große, alle wesentlichen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens in ihrer Aktualität und ihrer Perspektivität umfassende Aufgabe. Man kann sich nach meiner Ansicht vor allem kein linkes Politikkonzept vorstellen, das sich nicht direkt oder indirekt, aber im Grundsätzlichen auf die Frage bezieht, wie die Entwicklung der Produktivkräfte „nachhaltig“ im Sinne einer humanistischen Zukunft zu gestalten ist. Dabei dürfte es hilfreich sein, Marx' Hinweis zu beachten, die Krise bilde „immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage. Also auch – die ganze Gesellschaft betrachtet – mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus.“<sup>36</sup> Das wird bei der momentanen Krise unzweifelhaft auch der Fall sein. Welche künftige Entwicklung auf diese Weise durch die Krise und durch Krisenbewältigungsversuche eingeleitet oder auch angezielt wird, welche Pflöcke in der Krise durch welche Maßnahmen und durch welches Handeln der verschiedenen Kräfte für die kommende Entwicklung eingerammt werden, ist die wichtigste aller Krisenfragen, wenngleich sie freilich noch weithin offen ist.

## VIII

Aus den Entwicklungstendenzen und –problemen der Produktivkräfte ergibt sich in perspektivischer Sicht aber durchaus auch als Konsequenz des gegenwärtigen Krisengeschehens, dass die prognostische, planende und kontrollierende Tätigkeit der Gesellschaft und demokratische Entscheidungen einen hohen Stellenwert gewinnen werden. Auf diesem Gebiet ist sehr viel mehr und kompliziertere Arbeit erforderlich als man sich vor Jahrzehnten vorstellte, wenn mit dem klugen Satz von Engels hantiert wurde, wonach die Menschen "Herren ihrer eignen Vergesellschaftung" werden müssen.<sup>[1]</sup>

Heute liegen für die zu beschreitenden Wege Vorschläge vor, die eine sehr kritische Beleuchtung verdienen, weil sie an harten Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung einfach vorbeigehen. Als Beispiel sei die Entgegensetzung von „Planwirtschaft“ und „Marktwirtschaft“ erwähnt. Sie beherrscht die Debatte seit Jahrzehnten. Man fragt sich aber, ob es sich dabei nicht um eine absurde Gedankenkonstruktion handelt, der im Grunde keine ökonomische Realität entspricht. Denn Unternehmen, die nicht planen – vom Einsatz finanzieller Mittel für Forschung und Entwicklung, für Sach- und Lohnkosten, über die Betriebsorganisation bis zur Marktanbindung und zu den Marktaussichten – müssen ökonomisch scheitern, und das gleiche Ende erwartet Unternehmen, die ihre Planvorhaben nicht insgesamt und in allen Schritten bis zum Absatz hinsichtlich der Kosten und des Verhältnisses von Kosten und Gewinn solide kalkulieren. Das Problem ändert sich auch kaum, wenn „Zentralverwaltungswirtschaft“ und „Verkehrswirtschaft“ einander entgegengesetzt werden. Übrigens haben klassische Vertreter neoliberaler Theorien, die schroffe Gegner einer sozialistischen Umgestaltungen waren, die theoretische Problematik nicht so verbissen primitiv gesehen wie die heutigen zum Fundamentalismus neigenden Adepten. Selbst Walter Eucken hebt als das große, alle Menschen angehende Problem hervor, wie die „Lenkung dieses gewaltigen arbeitsteiligen Gesamtzusammenhanges, von dem die Versorgung jedes Menschen mit Gütern, also jedes Menschen Existenz abhängt“, erfolgt.<sup>[2]</sup> Und er denkt an Mischformen, bei denen zentralverwaltete und Verkehrswirtschaft nur idealtypisch als reine Extreme aufzufassen sind. Das ist diskussionswürdig, was die abstrakte Entgegensetzung nicht ist.

Der Haupteinwand, der sich ergibt, betrifft die Tatsache, dass die Kollektivsubjekte, bei denen die Urteils- und Entscheidungskompetenz für bestimmte wesentliche Prozesse der gesellschaftlichen Evolution liegt, in den Organisationsstrukturen des gewaltigen

<sup>36</sup> MEW Bd. 24. S. 186

arbeitsteiligen Gesamtzusammenhanges (mit Eucken gesprochen) nicht als *Einflussmächte* und *Entscheidungsinstanzen* vorgesehen sind. Man muss sich beispielsweise fragen, welche Kompetenz ein bürgerlich-demokratisches Parlament mit seinen heutigen Arbeitsweisen hinsichtlich Perspektiv- und Entscheidungsfragen auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik aufzubringen imstande ist. Die gleiche Frage könnte man in Bezug auf Bankenkonsortien stellen. Und vice versa könnte wiederum gefragt werden, welche Entscheidungsbefugnis wissenschaftliche Gremien im Hinblick auf die Geschäftstätigkeit der Banken haben können. Sicherlich gibt es in all diesen Fällen Überschneidungen.

Wenn die vorstehenden Überlegungen berechtigt sind, ergeben sich als weitreichende Konsequenz die Ausdehnung eines weitreichenden Netzes von Räten, also einer Kombination von parlamentarischer und Räte­demokratie.

---

[1] Friedrich Engels: Antidühring. In: MEW, Bd. 20, S. 264.

[2] Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie. Jena 1940. S.1A